

## Antrag

**der Abgeordneten Christian Görke, Dr. Gesine Löttsch, Klaus Ernst, Susanne Hennig-Wellsow, Jan Korte, Caren Lay, Ralph Lenkert, Christian Leye, Thomas Lutze, Pascal Meiser, Victor Perli, Bernd Riexinger, Alexander Ulrich, Dr. Sahra Wagenknecht, Janine Wissler und der Fraktion DIE LINKE.**

### Dispo-Zinsen deckeln

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die hohe Inflationsrate bedeutet einen finanziellen Überlebenskampf für Haushalte mit kleinem Einkommen. Rund ein Drittel der Deutschen hat keine nennenswerten Ersparnisse, um die gestiegenen Preise zu schultern. Ihnen droht die Überschuldungsfalle. 2021 ist die Zahl der Bankkunden im Dispo um 17 Prozent auf 6,6 Millionen Menschen gestiegen. Nach einer Untersuchung der Wirtschaftsauskunftei Schufa von Anfang Oktober haben 24 Prozent der 1000 befragten Verbraucherinnen und Verbraucher in den vergangenen sechs Monaten ihr Konto überzogen (<https://www.tagesschau.de/wirtschaft/dispozinsen-girokonto-101.html>). Die Zinswende der Europäischen Zentralbank kommt mittlerweile auch auf den Girokonten an. Die Dispositions- und Überziehungszinssätze sind daher deutlich angestiegen. Laut Untersuchung der Zeitschrift „Finanztest“ lagen die Zinssätze für Dispositionskredite im November bei fast 10 Prozent. Die Überziehungssätze lagen nach Daten des Verbraucherportals „Biallo“ im Schnitt bei 12,39 Prozent (<https://www.biallo.de/girokonto/ratgeber/dispozins/#wieviel-zinsen-nehmen-die-banken-aktuell>).

Solch hohe Zinssätze treffen vornehmlich Menschen, die sich am Rande des Existenzminimums bewegen und einen Dispokredit oft nutzen müssen, um finanziell über die Runden zu kommen. Sie belasten also insbesondere Erwerbslose, Menschen in Kurzarbeit, Alleinerziehende, Seniorinnen und Senioren, Familien mit Kindern, Soloselbstständige und Niedrigverdienerinnen und -verdiener. Ihnen droht in der Folge eine Verschuldungsspirale, aus der es kaum ein Entrinnen gibt.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

einen Gesetzentwurf vorzulegen, mit dem der Zinssatz für Dispositions- und Überziehungskredite auf maximal 5 Prozentpunkte über dem Leitzinssatz der Europäischen Zentralbank begrenzt werden.

Berlin, den 29. November 2022

**Amira Mohamed Ali, Dr. Dietmar Bartsch und Fraktion**